

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ



1. Stadt Hochheim

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hörsing, 25. Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Zeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 146

Donnerstag, den 12. Dezember 1929

6. Jahrgang

Soziale Probleme in Amerika.

Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning hat in Berlin einen interessanten Vortrag über soziale Probleme in den Vereinigten Staaten gehalten. Seine Darlegungen haben vieles, was auch in unserem Vaterlande von Interesse ist, so daß wir hier einen Auszug daraus bringen.

Bei der Betrachtung der nordamerikanischen Verhältnisse, so führte Dr. Brüning aus, darf man niemals die Weltwirtschaftlichen Bedingungen übersehen. Am stärksten industrialisiert ist der Osten. Hier sind die Riesstädte New York, Chicago, Boston, Detroit. Hier fährt der Zug stundenlang durch ein Gebiet, in dem sich Schornsteine an Schornsteine reiht, ähnlich wie in unserem Ruhrgebiet. In dieses Land ergießt sich die Einwanderung, hier ist eine Arbeiterschaft bunter Rassenmischung und zum Teil primitiver Bedürfnisse vorhanden. Der amerikanische Süden zeigt ein weites Land, die regelrechte Fahrt führt durch weiße Baumwollbläse. Hier ist die Frage das Problem. Während im Durchschnitt der Vereinigten Staaten 10 Prozent Neger vorhanden sind, erhöht sich der Anteil im Süden auf 50 und mehr Prozent. Der traditionelle Gegensatz zwischen Nord und Süd, der aus den Bürgerkriegen stammt, ist auch heute nicht verschwunden. Der Neger ist dem Gesetz nach frei, in Wirklichkeit aber hier streng vom Weißen getrennt, anders als im Norden, wo die Gleichberechtigung sich durchsetzt. Die Textilindustrie verdrängt sich in diesem Gebiet schrittweise zu machen, hat aber in der Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte Schwierigkeiten zu überwinden. Der mittlere Westen der amerikanischen Staaten ist ein altes Agrargebiet; endlose Getreidefelder wogen über das Land. Der Farmer aber leidet schwere Not, die Politik ist der Industrie zugeneigt, seine eigenen Produkte sind im Preise gesunken. Er behauptet, schwerer zu arbeiten als der Fabrikarbeiter und weniger zu verdienen. Wer denkt bei solchen Worten nicht an unsere deutschen Verhältnisse?

Bei der Betrachtung der sozialen Fragen muß man sich speziell dem industriellen Osten Amerikas zuwenden. Die Höhe der Löhne ist ganz verschieden. Es wird ungefähr der Durchschnitt von 25—30 Dollar pro Woche angenommen sein. Der Dollar ist mit einer Kaufkraft von etwa 2 Mark zu schätzen. Die Lebensmittel sind billig, teuer aber ist das Wohnen in der Stadt. Handwerker erreichen Spitzenlöhne, aber Arbeiter, wie sie bei Ford genannt werden, bleiben doch Ausnahmen. Der amerikanische Arbeiter hat keine Abzüge von sozialen Beiträgen oder Steuern, die bei uns bis zu 15 bis 20 Prozent ergeben. Die Spanne zwischen Lohn und Lebenskosten ist also größer als sonst in der Welt. Dafür steigert der Arbeiter seine Lebenshaltung. Er kauft sein Auto auf Abzahlung und baut sein Häuschen draußen vor der Stadt. Die Arbeitszeit ist nicht gesetzlich geregelt, trotzdem setzt sich in den Großbetrieben der Achtstundentag durch. Es gibt aber auch Werke, die 10—12 Stunden arbeiten lassen, je nachdem wie es ihnen beliebt und wie sie dafür Arbeitskräfte bekommen. Ford läßt nur 5 Tage in der Woche arbeiten; manche behaupten deshalb, weil der Absatz zu flauen beginnt. Es aber ist wieder eine Sondererscheinung. Die Intensität der Arbeit wird von Kennern, entgegen vielfacher Auffassung, nicht höher eingeschätzt als die des deutschen Arbeiters. Auch in den großen Büros geht es durchaus friedlich zu. Das Interesse, das der Arbeiter am Betriebe hat, ist geringer als bei uns. Er hält fest an der täglichen Kündigung, er will seine Chancen haben, jeden Tag bessere Bedingungen zu finden, wie der Unternehmer bestrebt. Ueber die Gleicharbeit, wie sie bei Ford besteht, und über ihren Wert gehen die Meinungen ganz auseinander.

Mit dem Arbeiterschutz beginnt sich das Gesetz zu beschäftigen. Der Arbeitgeber hat in der Regel keine Leute gegen Unfall versichert, um sich der Haftpflicht zu entziehen. Eine staatliche Sozialversicherung gibt es überhaupt nicht. Auch die Krankenversicherung ist freiwillig und selten. Amerika hat keine 2000jährige Vergangenheit, es ist deshalb nicht mit der alten Welt zu vergleichen. Es bestehen wohl soziale Gegensätze, es fehlt aber der Klassengegensatz. Es gibt dort, wie Professor Bonn schreibt, keine Klassen, sondern nur Stufen. Dieser Zustand nimmt den sozialen Kämpfen das Gift, das ihnen bei uns so oft anhaftet.

Der Arbeitgeber hat anders als der Arbeiter das Recht, seine Arbeitskräfte festzuhalten; daher kommen die Bestände der Gewinnbeteiligung und die Schaffung der Kleinrenten für Arbeiter. Die Gewinnbeteiligung hat wenig Erfolge gezeigt, zur Kapitalanlage aber sind über 400 Gesellschaften, hauptsächlich Konzerne, übergegangen. Der in Arbeiterhand befindliche Aktienbesitz wird auf annähernd eine Milliarde Dollar geschätzt, gemessen am Nationalvermögen ein geringer Betrag. Ueber die Aussichten dieses Systems hört man verschiedene Stimmen, andererseits spricht dafür, daß es der Staat bereits seit 1903 anwendet. Die Organisation der Gewerkschaften ist im ganzen genommen schwach; sie umfaßt etwa 3 Millionen von 25 Millionen Arbeitern. Ihre Durchbildung auf die verschiedenen Industriezweige ist aber ganz verschieden, am stärksten ist sie im Bergbau. Die Gewerkschaften sind nicht sozialistisch, sondern leben auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft. Gleichwohl werden die Lohnkämpfe mit den schärfsten Mitteln geführt. Die Zahl der Arbeitslosen schwankt in der Schwärze außerordentlich.

Eine genaue Statistik gibt es nicht. Auch langfristige Tarife in unserem Sinne sind unbekannt. Die Pläne des Präsidenten Hoover gehen bekanntlich dahin, durch große Staatsaufträge die Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Das reiche Land besitzt dazu die finanziellen Mittel. Unternehmer und Gewerkschaften haben sich geeinigt, in der Zeit der Krise die Löhne nicht abzubauen und andererseits keine neuen Lohnforderungen zu stellen.

Das Finanzprogramm und seine Aussichten.

Die Reichsregierung hat sich nach längerer Beratung auf ein Reformprogramm für die Reichsfinanzen geeinigt. Einzelheiten darüber sind amtlich noch nicht veröffentlicht worden, da das Programm zunächst dem Reichstag vorgelegt werden soll. Der Reichsfinanzminister wird es in einer der nächsten Reichstagsitzungen vorbringen. Inzwischen ist aber selbstverständlich alles Wesentliche über den Inhalt der Regierungsvorschläge durchgesickert. Es handelt sich dabei um die bereits bekannten Steuerprojekte: Senkung der Einkommensteuer und der Kapitalertragsteuer auf der einen Seite, Erhöhung der Biersteuer und der Tabaksteuer auf der anderen Seite.

Im einzelnen wird über diese Pläne folgendes bekannt: Die Senkung der Einkommensteuer soll in drei Abschnitten erfolgen und zwar am 1. Juli 1930, am 1. Januar 1932 und am 1. Juli 1933, also im jeweiligen Abstand von 1½ Jahren. In den genannten drei Abschnitten wird bei der Lohnsteuer das steuerfreie Existenzminimum für den ledigen Steuerpflichtigen von jetzt 1200 Mark auf 1440, 1760 und zuletzt 1800 Mark erhöht werden. Gleichzeitig soll für die veranlagte Einkommensteuer eine durchschnittliche Senkung des Tarifs um zuerst 12½ und dann 25 v. H. eintreten. Weiter ist der Ausbau der Kinderermäßigungen und eine Herabsetzung des Höchstbetrags der Einkommensteuer von 40 auf 33½ v. H. vorgesehen. Ebenso sollen Versicherungsprämien im gegenüber jetzt erhöhten Umfang abgezogen werden dürfen.

Die Kapitalertragsteuer soll für festverzinsliche Anleihen, die nach dem 1. Januar 1930 aufgelegt werden, vollkommen in Wegfall kommen. Bei der Vermögenssteuer wird der steuerfreie Betrag auf 20 000 Mark erhöht. Nach vor der Durchführung des Steuervereinfachungsprogramms sollen die Gewerbesteuer um 20 v. H. und die Grunderwerbsteuer um 10 v. H. herabgesetzt und die Länder und Gemeinden verpflichtet werden in den nächsten fünf Jahren ihre Gemeindebeiträge nicht zu erhöhen. Dafür soll den Gemeinden die Erhebung einer Kopfsteuer zugestanden werden.

Diesen Veränderungen der direkten Steuern und des Finanzausgleichs stehen folgende Veränderungen der indirekten Steuern gegenüber: Die Biersteuer soll am 1. April 1930 um 50 v. H. erhöht werden. Für Tabak soll folgende Steuererhöhung vorgeschlagen: Für Zigaretten eine Erhöhung der Verbrauchssteuer von 30 auf 35 v. H., für Rohtabak die Materialsteuer von 400 auf 500 Mark für den Doppelzentner, für Rauchtabak von 45 auf 60 Mark, für Pfeifentabak von 20 auf 35 Mark für den Doppelzentner. Bei Zigaretten ist außerdem eine Kontingentierung vorgesehen. Die erhöhte Tabaksteuer soll schon am 1. Januar 1930 in Kraft treten. Dafür sollen in das neue Etatsjahr 5 Millionen Mark zur Förderung des Tabakbaues eingesetzt werden. Die Zuckersteuer soll vom gleichen Zeitpunkt ab in Wegfall kommen.

Schließlich erhält das Finanzprogramm der Regierung noch folgende Punkte: Verstärkung der Aufsicht über die Finanzverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände durch Vorschriften über die Genehmigung von Anleihen und Krediten und durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden abhängige Stelle. Vorgelegte eines Gesetzes über die Abrechnung zwischen Reich und Ländern über die schwebenden Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche (Eisenbahn, Wasserstraßen, Post usw.). Heranführung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1930, Vorgelegte eines Gesetzes zur Regelung der Tilgung der Reichsschulden.

Seit der Grundzüge des Finanzprogramms der Reichsregierung. Es haben darüber bereits Besprechungen zwischen den Regierungsparteien und der Regierung stattgefunden. In einer Einigung ist es aber bis jetzt noch nicht gekommen. Wie es scheint, bestehen bei allen Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien erhebliche Widerstände. Die Bayerische Volkspartei hat bereits offiziell erklärt, daß ihre Reichstagsfraktion bereit ist, der Reichsregierung für die Reparationsverhandlungen im Haag das Vertrauen auszusprechen, daß sie auch bereit ist, für eine Erhöhung der Tabaksteuer und für eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu stimmen, daß sie aber dem von der Regierung vorgelegten Finanzprogramm nicht zustimmen könne. Man weiß, daß es die Erhöhung der Biersteuer ist, an der die Bayerische Volkspartei Anstoß nimmt. Aber auch der Sozialdemokratische Bund des Steuerprogramms der Regierung nicht. Sie nimmt offenbar Anstoß an den geplanten Steuererhöhungen, da sie glaubt, die Zeit dafür sei noch nicht gekommen. Die Vorschläge auf Steuererhöhungen werden auch seitens zweier anderer Regierungsparteien kritisiert, aber auch einem gerade

entgegengesetzten Grund: der Deutschen Volkspartei und den Demokraten gehen die Steuererhöhungen nicht weit genug, und man kritisiert dort, daß die Steuererhöhungen erst nach und nach erfolgen, während die Steuererhöhungen sofort vorgenommen werden sollen. Diese Bedenken werden insbesondere von der Deutschen Volkspartei hervorgehoben. Auch die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich noch nicht zu einer bedingungslosen Annahme des Regierungsprogramms bekannt. Man kann also feststellen, daß innerhalb der Regierungsparteien noch sehr erhebliche Widerstände gegen das Finanzprogramm vorhanden sind, auf das sich die Minister dieser Parteien geeinigt und festgelegt haben. Bei dieser Sachlage läßt sich somit noch nicht sagen, wie das weitere Schicksal der Regierungsvorlage sein wird!

Reichskabinett und Finanzprogramm.

Berlin, 12. Dezember. Das Reichskabinett beschloß, an dem Standpunkt festzuhalten, daß das Finanzprogramm als Ganzes unverändert angenommen werden muß, und daß es mit dem Finanzprogramm siehe und falle. Die Reichsregierung wird die Entscheidung „in offener Feldschlacht suchen“, indem sie nicht nur die unveränderte Annahme des Finanzprogramms, sondern auch die Bekundung des ausdrücklichen Vertrauens des Reichstages für ihre Gesamtpolitik einschließlich des Finanzprogramms fordert. Die Regierung wird die Erklärung über das Finanzprogramm am Donnerstag im Reichstag abgeben.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Der neueste amtliche Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit. — In einer Woche 100 000 Arbeitslose mehr. — Insgesamt 1½ Million Erwerbslose. — Noch kein gutes Weihnachtsgeschäft.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Der neueste Wochenbericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über den Stand des Arbeitsmarktes in Deutschland zeigt eine erneute Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage.

Nach diesem Bericht für die Zeit vom 2. bis 7. Dezember liegt die Kurve der Arbeitslosigkeit steil weiter an. So hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung zum erstenmal in diesem Winter um mehr als 100 000 innerhalb einer Woche zugenommen. Damit dürfte sie am 5. Dezember bis an 1 250 000 gelegen haben. Dessen, Nordmark und Mitteldeutschland blieben neben Sachsen und Schlesien über Durchschnitt ungünstig. Die Hauptzugänge an Arbeitslosen kamen wieder aus den Außenbezirken. Die milde Witterung hat den Rückgang der Beschäftigung nicht aufhalten können. Hoch- und Tiefbau sowie Landwirtschaft gaben immer mehr Arbeitskräfte gruppenweise frei. Bedenklich unsicher ist die Situation in der Metallwirtschaft. Die Entlassungen gingen ansehnlich über das saisonbedingte Maß hinaus. Auffallend früh hat der Kampagnenschluß der Lederindustrie eingeleitet.

Der jahreszeitliche Druck auf den Arbeitsmarkt hat sich also verstärkt. Die Zurückhaltung des Monumentalen bleibt fort. Das Weihnachtsgeschäft hat sich infolgedessen nur schwach entwickelt. Anzeichen einer konjunkturellen Belebung fehlen. Dennoch ist eine gewisse Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft nicht zu verkennen, so daß trotz aller ungünstigen Momente erwartet werden darf, daß im Dezember der Einbruch des Marktes nicht so heftig ist wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Widerstände gegen den 5-Uhr-Ladenstluß am Heiligen Abend.

Aus Berlin wird gemeldet: Das vom Reichstag verabschiedete Gesetz über den 5-Uhr-Ladenstluß am Heiligen Abend hat in den Kreisen des Handels, besonders bei dem gewerblichen Mittelstand, starke Entrüstung hervorgerufen.

Es verlangt, daß man in den Kreisen des Reichstags des gewerblichen Mittelstandes sogar erwäge, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, damit das Gesetz erst im nächsten Jahre in Kraft gesetzt würde.

Die Reichspost sucht eine Anleihe.

Wie aus Berlin gemeldet wird, beschloß der Verwaltungsrat der Reichspost nach einem Vortrag des Ministers Schädel über die Finanzlage der Post, sobald wie möglich nach Verhandlung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsbankpräsidenten eine Anleihe aufzunehmen.

Die Ablieferung an das Reich sollte die Post für 1929 nur in dem Umfang leisten, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Post ohne weitere Zuzunahme der Reichsgelder gedeckt werden können.

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Mittwoch, den 11. Dezember 1929. — Anwesend waren die Herren: Bürgermeister Arbäcker, Beigeordneter Siegfried, vom Magistrat die Herren Hartmann, Selter, Treber, Wirsching (Magistrat) und Beigeordneter der vorliegenden Wahl sind noch im Amt, bis am nächsten Sonntag die Wahl der neuen Männer stattgefunden hat, von den Stadtverordneten (neuer Wahl) die Herren: Abt, Badem, Enders, Engerer, Hirschmann, Krämer, Munt, Ramm, Schäfer, Schwab, Velten, Weiß, Wenzel, Westenberg.

Der Bürgermeister eröffnete 7.15 Uhr die Sitzung und begrüßte die neu gewählten Stadtverordneten. Er bittet um Vorschläge zwecks Besetzung des Vorsitzendenpostens für den ersten Teil der heutigen Sitzung.

Auf Vorschlag wird Herr Schäfer, als Ältester der Versammlung mit diesem Posten betraut. Dieser gibt dem Bürgermeister das Wort. Herr Arbäcker betont, daß die neu gewählte Versammlung in Zeiten allgemeiner Not und großer Schwierigkeiten ihr Amt anträte, daß sie aber gewiß mit aller Kraft bestrebt sein werde, im Interesse der Vaterstadt ihre besten Kräfte einzusetzen. Die Verpflichtung der Neugewählten erfolgt durch Handschlag. Der Bürgermeister spricht den alten Stadtverordneten für ihre Mühe und Aufopferung den herzlichsten Dank aus. Damit ist zugleich Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

2) Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl. Da keine Einwendungen vorliegen, ist der Punkt erledigt.

3) Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers, des Schriftführers und des stellvertretenden Schriftführers.

Durch Vorschlag werden gewählt die Herren (und zwar einstimmig), als Stadtverordnetenvorsteher: Badem, als Stellvertreter: Engerer, 1. Schriftführer: Westenberg, 2. Schriftführer: Wenzel.

4) Wahl der Kommissionen.

5) Wahl eines Wahlvorstandes für die Magistratswahlen.

Es handelt sich bei Punkt 4 um die Wahl von Personen, welche die Besetzung der Kommissionen vornehmen. Gleichzeitig als Wahlvorstand für die Magistratswahlen werden gewählt die Herren: Badem, Velten, Hirschmann, Abt, Treber, Engerer.

5) Beschlussfassung über den Zeitpunkt der Wahl der Magistratswahlen und des Beigeordneten.

Die Wahl soll am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 1.30 Uhr, stattfinden. Wahlvorschläge müssen spätestens eine halbe Stunde vorher eingereicht sein.

Stadtverordneter Krämer wünscht, daß allen Gewählten ein Exemplar der Geschäftsordnung ausgehändigt wird.

Der Bürgermeister hält es für nötig, daß eine Anzahl Exemplare der „Stadteordnung“ neu angeschafft und mindestens jeder Fraktion eines oder zwei ausgehändigt werden.

Um 7.45 Uhr schließt der Vorsitzende Badem die Sitzung und dankt den Teilnehmern für die einhellige und friedliche Arbeit dieser ersten Tagung des neuen Parlaments, die offensichtlich unter dem Zeichen stand:

Friede den Menschen auf Erden,
Die eines guten Willens sind!

Neun Monate Gefängnis für Graf Stolberg.

Der letzte Verhandlungstag im Prozeß Jannowitz.

Hirschberg, 12. Dezember.

Im Prozeß gegen den Grafen Christian Stolberg wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters nahm am Mittwoch Oberstaatsanwalt Engel das Wort zu seinem Plädoyer.

Er wies zunächst auf das Aussehen hin, das dieser Prozeß in der Öffentlichkeit ausgelöst habe. Die Möglichkeit, im Falle der Mordannahme die Sache an das Schwurgericht zu verweisen, müsse dem Schöffengericht bleiben. Auf Grund der Vernehmungsaufnahme sei der Mordverdacht heute wohl im wesentlichen beseitigt. Unter den 50 Zeugen und Sachverständigen sei nicht ein einziger gewesen, der dem Angeklagten einen Mord zutraute, und nicht einer, der etwas von Streitigkeiten zwischen Vater und Sohn wußte. Unter Berücksichtigung aller Umstände müsse man sich positiv für fahrlässige Tötung entscheiden.

Der Strafantrag.

Nach eineinhalbständigem Plädoyer beantragte der Vertreter der Anklagebehörde gegen den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Sodann nahmen die Verteidiger, Rechtsanwalt Luetgebrune und Rechtsanwalt Rosche, das Wort zu ihren Plädoyers. Beide verlangten Freisprechung des Angeklagten. — Nach einer kurzen Replik der Staatsanwaltschaft erhält der Angeklagte das

letzte Wort.

Er erklärte, sich öfters verbessernd: „Ich bin schuld am Tode meines Vaters. In welchem Verhältnis ich zu meinem Vater gestanden habe, kann ich mit Worten gar nicht sagen. Daß es für mich unangeheuer schwer ist, und daß ich ungenauer bestraft bin, informiere, als mein lieber Vater, dem ich nur alles Liebe zu tun versucht habe, durch meine Hand den Tod finden mußte. Das ist meine Schuld, die mir niemand abnehmen kann und die ich mit mir in meinen Tagen nehmen muß.“

Der Vorsitzende erklärte darauf: „Sie sind der einzige von uns, der tatsächlich, wenn er will, den letzten Schleier von dem Dunkel des sogenannten Geheimnisses von Jannowitz enthüllen kann. Ist das nun wirklich alles, was Sie uns hier vom ersten Tage der Verhandlung an gesagt haben?“ Der Angeklagte erwiderte darauf mit fester Stimme: „Ja.“

Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück, die viereinhalb Stunden dauerte.

Das Urteil.

Unter atemloser Spannung der zahlreichen Zuhörer wurde nach Wiedererscheinen des Gerichts im Sitzungssaal folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte, Graf Christian Stolberg, wird wegen fahrlässiger Tötung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten, worauf die 45tägige Untersuchungshaft voll angerechnet wird, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Wassersnot und Unwetter überall.

Abflauen des starken Sturmwetters in der Nordsee.

Der starke Sturm, der im Nordseebereich bis zur Windstärke 12 aufschwoh und der den Schiffsverkehr bei Cuxhaven völlig zum Stillstand gebracht hatte, hat stark nachgelassen, so daß die Schifffahrt wieder in Gang gekommen ist. Die auf der Unterelbe vor Anker gelegenen Schiffe haben jetzt größtenteils ihre Ausfahrt fortgesetzt. Auch sind von See bis Mittag bereits 45 Schiffe aller Größen in den Hamburger Hafen eingelaufen.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Seewarte ist für das Gebiet von Warnemünde bis Vortum-Riff die Südweststurmgefahr zunächst vorüber. Es besteht aber noch die Gefahr starker bis starker südwestlicher bis westlicher Winde.

Bayern nimmt den Beschluß des Staatsgerichtshofes an.

München, 12. Dezember. Nach Mitteilung von unterrichteter bayrischer Seite wird Bayern den Entschluß des Staatsgerichtshofes in der Titelverleihungsfrage als unanänderlich hinhinnehmen. Welche weiteren Folgerungen zu ziehen sein werden, kann erst nach dem Vorliegen der eingehenden schriftlichen Urteilsbegründung des Staatsgerichtshofes geklärt werden. Durch die Einnahmen aus den Titelverleihungen konnte bisher alljährlich etwa eine Viertelmillion M. für gemeinnützige, charitative, kulturelle und soziale Zwecke verwendet werden.

Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 12. Dezember. Auf die Klage der rheinisch-westfälischen Städte Lüttringhausen u. a. wurde vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich für Recht erkannt: „Die Klage der Städte wird abgewiesen. Das preussische Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vom 29. Juli 1929 ist nicht verfassungswidrig. Auch die anderen, damit verbundenen Klagen (Niederlagersdorf und der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei) sind vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen worden.“

Die Haftbefehle gegen die Gebr. Sklarek bestätigt.

Berlin, 12. Dezember. Am Mittwoch fand ein Gastprüfungsstermin in Sachen der Gebr. Sklarek statt. Die Haftbefehle gegen die Sklareks wurden bestätigt.

Wiederhaftung in der Bombenangelegenheit.

Mülheim, Ruhr, 12. Dezember. In der Angelegenheit der Bombenanschläge in Norddeutschland ist der Uhrmachermeister Rehling aus Mülheim a. d. Ruhr, der bekanntlich bereits einmal verhaftet, nach Hinterlegung einer Kaution von 30 000 Mark aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, erneut festgenommen worden. Veranlassung zu dieser neuerlichen Festnahme sind die Diebstähle im Steinbruch Wegand, die Anfang dieses Jahres verübt wurden, aber bisher noch nicht aufgeklärt werden konnten.

Änderungen in der Fernsprechanordnung.

Beschlüsse des Verwaltungsrats der Reichspost.

Wie aus Berlin gemeldet wird, nahm der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost eine Änderung der Fernsprechanordnung an. Danach können in Zukunft private Nebenanschlüsse, wie im alten Reichspostgesetz, auch in Bayern und Württemberg von privaten Firmen hergestellt werden.

Die Dauer der Ferngespräche wird von sechs auf zwölf Minuten, unter Umständen sogar auf fünfzehn Minuten erweitert. Neu eingeführt werden die sogenannten Festzeitgespräche, die als dringende Gespräche zu vorher bestimmter Zeit ausgeführt werden. Weiter wird bestimmt, daß Gespräche, die bei Dienstschluß der Fernsprechanstalt im Gang sind, noch zwölf Minuten nach Dienstschluß fortgesetzt werden können. Schließlich werden Erleichterungen bei Gesprächen mit Vornummern und mit herbeirufenden Personen vorsehen.

Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 12. Dezember.

6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anst. Morgengymnastik. 11—12.00: Schallplattenkonzert. 12.15: Schallplattenkonzert: „Götterdämmerung“, Musikdrama. 13.15—13.30: Werbefunk. 15.15—15.45: Stunde der Jugend: „Welche Bücher wünsche ich mir zu Weihnachten?“ 16—17.45: Aus dem Rathaus Wiesbaden: Konzert des Stadt. Ruckorchester. 18.05: Stunde des Arbeiters. 18.35—19.00: Französischer Sprachunterricht. 19.05: „Kriegsbeschädigte“ — Träger: Dr. Paul Laven. 19.30: Schallplattenkonzert: Leichte Unterhaltungsmusik. 20.00: Aus dem Festsaal der Lieberhalle Stuttgart: Konzert des Philharmonischen Orchesters. 22—23.00: Von Stuttgart: „Und so verbringt du deinen Abend“, heitere Schallplatten-Improvisation. 23.15—24.00: Aus dem Café Friedrichshaus in Freiburg i. Br.: Unterhaltungskonzert.

Freitag, den 13. Dezember.

6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anst. Morgengymnastik. 11—12.00: Schallplattenkonzert. 12.15: Schallplattenkonzert: Klavierkonzerte. 13.15—13.30: Werbefunk. 15.15—15.45: Stunde der Jugend. 16—17.45: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.05: Briefkasten. 18.15: Bücherstunde. 18.35—19.00: Von Stuttgart: „Wesen und Bedeutung des ärztlichen Rezeptes“. 19.05: Von Stuttgart: „Die neuere Entwicklung der Reichsbahn“. Vortrag. 19.30: Von Stuttgart: Violinsoli von Georg Beerwald. 21.15: Von Stuttgart: „Land im Süden“, Kammermusik in 3 Akten. 21.15 bis 22.15: Von Stuttgart: Volkstümlicher städtischer Abend des Philharmonischen Orchesters Stuttgart. 22.30: Aus dem Platenburgbau Stuttgart: Unterhaltungskonzert.

Samstag, den 14. Dezember.

6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anst. Morgengymnastik. 10.30: Schallplattenkonzert. 11.15: Schallplattenkonzert: Schallplatten-Werbefunk. 13.15: Werbefunk. 15.15—15.45: Stunde der Jugend. 16—17.45: Von Stuttgart: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.05: „Verkäufer und Käufer alter Bücher“, Vortrag. 18.35—19.00: Spanischer Unterricht. 19.05: Gabentisch des Rundfunks — Das Mikrophon in Warenhaus und Laden. 19.30: Trioskonzert. 20.15—22.10: Von Dortmund: Winterabend. 22.25: Von Kassel: „Unter Junggeheßen“, eine heitere Stunde. 23.30: Tanzmusik.

Samstag und Sonntag 8 Uhr
„Frau im Mond“
 Der größte Zukunftsfilm der Welt.
Montag: ... und abends „Ins Maxim“!

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.
Zahlungs-Erinnerung.

An die Zahlung der bis zum 15. Dezember 1929 fälligen Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer wird hiermit erinnert und darauf aufmerksam gemacht, daß von der Steuer, welche bis zu dem genannten Fälligkeitstage nicht gezahlt ist, 10 Prozent Verzugszinsen erhoben werden.

Hochheim a. M., den 10. Dezember 1929.

Die Stadtkasse: Ruth.

Betr. Obligatorische Viehverversicherung.

Die Verzeichnisse über den Bestand der hier vorhandenen Pferde, Efel, Maultiere und Kanäfel, sowie des Rindviehes

und der Ziegen zum Zwecke einer demnächstigen Abgabe zum Entschädigungsfonds liegt von heute ab bis zum 23. Dezember 1929 im Rathause Zimmer 8, während der Vormittagsdienststunden zur Einsicht offen. Anträge auf Berichtigung der Verzeichnisse können nur während dieser Zeit bei dem Magistrat angebracht werden.

Hochheim am Main, den 10. Dezember 1929

Der Magistrat: Arzbächer

Zahlungs-Erinnerung.

Es wird wiederholt an die Zahlung der noch rückständigen Drainagekosten hiermit erinnert und darauf hingewiesen, daß Rückstände, welche nicht bis zum 31. Dezember 1929 gezahlt sind mit 2 Prozent Zinsen über den Reichsbankdiskont zu verzinsen sind und im Verwaltungsverfahren beigetrieben werden.

Hochheim am Main, den 10. Dezember 1929

Die Stadtkasse: Ruth.

Abkürzt!

Verordnung.

Auf Grund des Pat. 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar

1926 (Gesetzsammlung Seite 83) wird für den Umfang Preussischen Staatsgebietes angeordnet:

§ 1. Der Beginn der Zapferernte wird festgesetzt auf: Ostlich der Oder auf den 1. November jedes Jahres; westlich der Oder auf den 1. November jedes Jahres; Ächten: auf den 15. Oktober jedes Jahres.

§ 2. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis 150 RM, oder mit Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung im Regierungsamtsblatte des betreffenden Bezirks in Kraft. Gleichzeitig wird die Polizeiverordnung vom 7. Mai (Ministerialblatt der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Nr. 21 vom 26. Mai) aufgehoben.

Berlin, den 5. November 1929

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten

Der Minister für Wissenschaft, Kunst- u. Volksbildung

Wird veröffentlicht

Hochheim am Main, den 10. Dezember 1929

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer

Wie mollig ist dieses Eckchen!

Warm strahlt der Kachelofen, und anheimelnd schimmert der Zier. Ja, so putzt Ata, Henkels Putz- und Scheuermittel! Was es auch Holz, Stein, Marmor, Porzellan, Glas und Metall erhalten durch Ata Glanz und Schimmer. Ata ist ergiebig und billig.

20 Pfennig kostet die sparsame Streufflasche.

ATA putzt und scheuert alles.
 Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.



Für die Festtage
 empfehle:
 la neue Mandeln 1/4 Pfd. 60, 48-
 la neue Haselnußkerne 1/4 Pfd. 50, 38-
 la neue ger. Kokosnuß 1/4 Pfd. 14-
 Bestes Citronat, Orangeat, Badoblaten,
 Streuzucker, Trüffeltreue, Amontum u. a.
 Feine Citronen, Apfelsinen, Mandarinen,
 Kastanien, Felsen, Datteln, Erdnüsse,
 Konfekt
 la Hochheimer Birnen Pfd. 10-
 la Walnüsse Pfd. 90, 75, 55-
 la Haselnüsse Pfd. 75, 60-
 la Kaufladenartikel Karton 55-
 Als Geschenke geeignet:
 la Pralinen Cailler, Sarotti Karton 125, 100, 80, 50-
 la Bohnen Keks große Auswahl
 la Schepeler Kaffee in schönen Dosen
 (1/2 Pfd. und 1 Pfd.) 3.40, 2.10, 1.90
 la Oldenburger Klaus Honigkuchen, ver-
 dauungsfördernd, Packete 100, 80,
 große Streifen 65, kleine Streifen 35-
 7 Sorten frisch gebr. Kaffee eigener Rösterei,
 la Vikore, Magenb., deutschen Weinbrand
 Fl. von 75- an. Schöne Parfümerien u.
 Toilettenseifen. — la Weihnachtskugeln,
 Äugeln, Lichthalter, Kerzen etc.
 5% Rückvergütung.
Karl Fr. Eberhard

WEIHNACHTS-VERLOBUNGEN
 Brautpaare bitte ausschneiden!
 Trauringe in großer Auswahl!
 Massive, moderne fugelelose Formen in 8, 14 und 18 Krt. Gold.
 Jede Fingergröße am Lager. Gravierungen sofort
 Bekanntes Trauringhaus, Zum Schmuckkistchen
 Inh. J. Heil, Mainz, Rosengasse 5, neben Stubbsquelle
 Uhren Schmuck Bestecke

Wollen Sie Skilaufen lernen?
 Wählen Sie aus den in der Karte angegebenen Plätzen.
 Die jeweilige Zahl gibt an, was ein Skiläufer mit allem
 — nur seine Gekleide — kostet. Verlangen Sie das aus-
 kladende Skibuchlein mit vielen Bildern kostenlos.

 Preise für 14 Tage
 Kurse Dezember bis Mai
Können Sie bereits Skilaufen?
 Dann sollten Sie sich, auch wieder kostenlos, ein Probeheft
 des „Winters“, der praktischen Kunstzeitschrift, kommen
 lassen. Schreiben Sie wegen Skibuchlein und Winterat
 Bergverlag Rudolf Rother, München 11

Empfehle passende Weihnachts-Geschenke:
 Knaben- und Mädchen-Schulranzen / Koffer in allen
 Größen / Aktenmappen / Berufstaschen / Einkaufs-
 beutel / Brieftaschen / Portemonnaie / Sportgürtel
 Rudolfs / Gamaschen / Hosenträger usw.
 Besichtigen Sie bitte mein Schaufenster.
 Bernh. Mohr, Sattler u. Tapezierer, Rathausstr. 11

Schöne passende Weihnachtsgeschenke
 in Porzellan und Glas.
Puppenwagen
 Spielwaren im Ausverkauf mit 10-20%
 Rabatt empfiehlt

M. KANTNER

WO kaufen Sie Leder, Schuhmacherbedarfsartikel
 Gummisohlen und -Absätze, Aufnä-
 und Einlegesohlen, Fensterleder von
 Rm. 0.60 an, Plattfüßeinlagen von Rm.
 1.50 an. Gebrauchte Fabrikleisten,
 Schnür-Riemen und Schuhkreme am
 besten und billigsten nur bei
Lederhandlung Krumkamp, Mainz
 Liebfrauenplatz 2, am Dom (Kriegsstaub)

Unreines Gesicht
 Pickel, Mitesser werden in wenigen
 Tagen durch das Teint-Verfä-
 nungsmittel „Venus“ (Stärke
 A.) Preis 2.75 Mk. unter Garan-
 tie beseitigt. Gegen Sommer-
 sprossen (Stärke B.) Preis 2.75 Mk.
 Zentral-Drogerie Jean Wenz

Als Weihnachts-Gelchenk
 passend schöne Zim-
 merthermometer mit
 Barometer, Bade- u.
 Fieber-Thermometer,
 Brillen u. Kneifer (für
 jedes Auge passend),
 Theatergläser in Perl-
 mutter und Lederaus-
 stattung.
Fritz Riedel
 Uhren, Optik, Goldwaren

Christbäume
 Schöne
 groß und klein, sind noch zu
 haben bei:
 W. Schreiber Weiherstr. 33

Nicht rauchen
 Auskunft kostenlos
 Sanitas-Depot, Halle 2, S.
 Empfehle die Neuen
Scholz'sche Spiele
 Quartette, Mal- und Bild-
 bücher, Ausgä. u. Ausgä.
 debogen zu Originalpreisen
 Jugend- und Märchenbü-
 chern und Romane.

Zigarren, Buch- und Schreibwarenhause
 Weidenstraße 14

Pelze
 Alle Arten Tierformen und
 Kravatten. Moderne Rol-
 krägen und Besätze in jeder
 Preislage. Umändern und
 Reparaturen werden prompt
 ausgeführt im
Pelzhaus
Hans Wolff & Co.
 Mainz
 Kl. Emmeransstraße 4
 Ecke Franziskanerstraße

Ersteinst: Dien
 beim Telefon 14. Ge

ummer 147

Bor

In der inneren
 und spannung. In
 Zitiertprogramm
 will. Das Programm
 darunter die Einkomm-
 le u. (was sehr erfreu-
 lichen — Tabaksteu-
 mas weniger erfreu-
 der Arbeitslosen
 erhöht werden. Diese
 Tabaksteuer sollen sch-
 über wollen die Regie-
 eine weiteres zutun
 menten. Daraufhin hat
 in ihren Vorschlägen
 ausdend lautet —
 gram einsehen. Das
 das Bium des Reid-
 in der Vorlage bitten
 keten. Das ist die
 reich regierten Vänd-
 del besser dunkt, als
 bisher bei uns üblich
 kräfte am Werk, die
 möchten. Die flügel-
 ngsfraktionen zustim-
 program der Regie-
 was es ihnen nicht
 Reichsregierung dabei
 in Harz. Man muß
 zu einer Regi-
 glücklicherweise wird
 wenn das Kabinett
 dem Reichstage stellt.

Zwei Dinge haben
 program an den
 Vorstoß des
 Schacht gegen die
 Christophale Rassen
 hat in einer Denksch-
 ritten der Entente
 schwere Vorwürfe ge-
 an, weil sie aus d-
 Tributabgaben betra-
 Man weit hinausge-
 würde, weil sie noch in
 halt und in der ganze
 und Gemeinden
 widerste dem tempo-
 reigist. Mein form-
 reichstag veranlaßt
 eine Vorschriften un-
 möglich, kommt es
 darauf, ob und inwie-
 schen berechtigt sind. W-
 kungen — leider, in
 Regierung hat das an-
 nicht öffentlich zuge-
 finanzreformprogram
 und es dann auch
 zu haende Peers
 erwähnt, diese Besch-
 zu wenig Geld, daß
 die auf 1. Janu-
 ein amerikanisches
 kredit von mehreren
 en. Das Konfortiu-
 Denkschrift des Reich-
 lang Maßnahmen, d-
 wird in dem J-
 der Tabaksteuer und
 verlangt. Und nun

Die französi-
 im Rahmen der Pau-
 sprache über den Mi-
 die Frankreich für se-
 wurde mehr als im
 Marine angefordert.
 in den einzelnen Dar-
 leungen für Militä-
 schen, daß Frank-
 der Welt hat, son-
 nicht ausbleibt als
 zusammen. Nieman-
 Sie beweisen auf b-
 nicht denkt, sondern
 schenungsvertrag und
 legt. Und zwar for-
 schneidet sein müßte
 senat den Anach